

II-3824 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Zl. 11.633/20-I 1/78

WIEN, 1978-06-06

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton B e n y a

Parlament

1010 W i e n

1795 IAB

1978-06-07

zu 1804 J

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische
Anfrage der Abgeordneten zum
Nationalrat Dipl. Ing. Hanreich
und Genossen (FPÖ), Nr. 1804/J,
vom 14. April 1978, betreffend
wasserwirtschaftliche Situation
im Marchfeld-Marchfeldkanal.

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl. Ing. Hanreich und Genossen (FPÖ), Nr. 1804/J, betreffend wasserwirtschaftliche Situation im Marchfeld-Marchfeldkanal, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu 1):

In der 5. Sitzung der österreichischen Raumordnungskonferenz vom 18. Juni 1974 wurde der Unterausschuß "Donauausbau" mit der Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit dem Marchfeldkanal beauftragt. Dieser Unterausschuß hat nunmehr einen einvernehmlichen Bericht mit Empfehlungen für die weitere Vorgangsweise betreffend das Projekt Marchfeldkanal ausgearbeitet und wird diesen Bericht der österreichischen Raumordnungskonferenz am 20. Juni 1978 zur Beschlußfassung vorlegen.

Zu 2):

Das seinerzeitige Projekt richtete sich primär darauf, der Landwirtschaft über den Hauptkanal und über ein teures und kompli-

ziertes Verteilungsnetz Wasser zuzuführen. Die anderen Interessenten Siedlung, Gewerbe und Industrie profitierten davon nur indirekt. Hauptträger der Kosten wäre infolgedessen die Landwirtschaft. Ob durch dieses Projekt eine wirksame Entlastung des Grundwassers zu erreichen ist, scheint fraglich, weil die Landwirtschaft derzeit bereits auf der Grundlage einer Vielzahl von Wasserrechten ihr Wasser unentgeltlich aus dem Grundwasser bezieht, was der Umstellung auf ein kostenintensives Verteilssystem entgegensteht.

Wie schon mein Amtsvorgänger Bundesminister Dipl. Ing. Weihs auf eine Anfrage des erstunterzeichneten Abgeordneten mitgeteilt hat, hat sich seit Entstehung des Projektes der wasserwirtschaftliche Schwerpunkt der Bemühungen von der landwirtschaftlichen Bewässerung auf die Siedlungswasserwirtschaft verlagert. Eine zeitgemäße Anpassung des Projektes erscheint dadurch erforderlich: Die Wasserzufuhr könnte nach wie vor durch den Marchfeldkanal erfolgen, die Verteilung jedoch so vorgenommen werden, daß nicht nur die Landwirtschaft Nutznießer ist, sondern daß die Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Grundausstattung allen Wirtschaftssparten gleichermaßen zugutekommt. Es wäre die Möglichkeit zu untersuchen, ob unter Wegfall der Verteilungseinrichtungen durch direkte Dotierung des Grundwassers mittels Versickerung sowie Dotierung der Vorfluter eine wirtschaftlich vertretbare Neuordnung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Marchfeld zu erreichen ist. Ein entscheidender Aspekt dieser Lösung wäre auch die wesentlich breitere Basis für die Tragung der Kosten.

Zu 3):

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vertritt die Auffassung, daß die Gründung eines Wasserverbandes angestrebt werden sollte, der alle an der Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Grundausstattung interessierten Bedarfsträger zusammenfaßt und der als Kostenträger auftritt.

Nach entsprechender Antragstellung durch einen solchen Kosten-

träger kann geklärt werden, ob und auf welchen bestehenden oder allenfalls neu zu schaffenden gesetzlichen Grundlagen finanzielle Mittel den Interessenten als Beiträge beziehungsweise Förderungen zur Verfügung gestellt werden können.

Zu 4):

Nach Auffassung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft kann ein Bauzeitplan sowie ein Finanzierungsplan erst nach Vorliegen folgender Voraussetzungen aufgestellt werden:

- Überarbeitung des Marchfeldkanalprojektes im Sinne der Antwort zu Punkt 2,
- Gründung eines Wasserverbandes als Projekt- und Kostenträger,
- Erteilung der erforderlichen wasserrechtlichen Bewilligung,
- Sicherstellung der Finanzierung.

Das Bundesministerium ist sehr daran interessiert, daß diese Voraussetzungen rasch hergestellt werden.

Der Bundesminister:

